Michael Brie/Richard Detje/Klaus Steinitz (Hrsg.)

Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert

Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien

VSA

Michael Brie/Richard Detje/Klaus Steinitz (Hrsg.)
Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert

Michael Brie/Richard Detje/Klaus Steinitz (Hrsg.)

Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert

Alternativen – Entwicklungspfade – Utopien

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Förderung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.

© VSA: Verlag 2011, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-457-8

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 7

Aktualität eines sozialistischen Transformationsprojekts

Frank Deppe
Sozialismus im 21. Jahrhundert – mehr als eine Utopie? 12

Finanzmarktkapitalismus in der Systemkrise

Joachim Bischoff
Systemkrise des Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts 40

Peter Wahl
Internationalismus – Erfolgsbedingung emanzipatorischer Politik 52
Schritte zur Überwindung des Finanzmarktkapitalismus

Vergesellschaftung des Finanzsektors

Thomas Sablowski
Die Reproduktion der Lohnabhängigen vom Finanzmarkt abkoppeln – den Finanzsektor vergesellschaften 66

Axel Troost
Den Bankensektor neu ordnen – und mit der Vergesellschaftung beginnen 81

Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse

Klaus Steinitz
Konzepte und Grundzüge sozialistischen Eigentums 96
Herausforderungen an eine sozialistische Politik zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse

Ralf Krämer
Eigentumsfrage – Kern antikapitalistischer Umgestaltung? 114

Zwischen Markt und Plan

Heinz Dieterich
Übergänge zum Sozialismus im 21. Jahrhundert 128

Lutz Brangsch
Sozialismus als Politik des Übergangs 144
Zum Verhältnis von Markt und gesellschaftlicher Planung

Wolfgang Methling
Die ökologische Systemkrise 152
Veränderung der Regulierungsweise für einen Systembruch

Wirtschaftsdemokratie: Eröffnung eines neuen Entwicklungspfades

Heinz-J. Bontrup
Wirtschaftsdemokratie: Wirtschaftspolitische Alternative zum Neoliberalismus 160

Wolfgang Krumbein
Das Koordinationsproblem: Wie sollen einzelbetriebliche Entscheidungen makroökonomisch gesteuert werden? 166
Zum Zusammenhang von Investitionslenkung/ Investitionsfonds und Demokratie

Egbert Scheunemann
Ota Šiks Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie 172
Solidarische Ökonomie – Umgestaltung des öffentlichen Sektors

Solidarische Ökonomie – Umgestaltung des öffentlichen Sektors

Klaus Lederer
Umgestaltung der Daseinsvorsorge: Demokratischen Einfluss wiedergewinnen und erhöhen 180

Judith Dellheim
Solidarische Ökonomie und öffentliche Daseinsvorsorge 187
Umgestaltung des öffentlichen Sektors

Demokratischer Sozialismus – eine realistische Utopie

Dieter Klein
Vermutungen über einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts 194

Die AutorInnen 215

Vorwort

»Systemische Risiken« sind zu einem geflügelten Wort der jüngsten Gesellschaftsentwicklung geworden. Im engeren Sinne sind damit jene Schulden der Finanzmarktakteure gemeint, die das globale Finanzsystem zwischen 2008 und 2010 an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hatten. Als »Nahtoderfahrung« hat der US-Nobelpreisträger für Wirtschaft, Joseph Stiglitz (2010), das ökonomische Leben in diesen Krisenjahren beschrieben. Doch mit systemischen Risiken ausgestattet gelang den Banken ein Coup d'Etat: ein Rückgriff auf den gesellschaftlichen Reichtum zur Begleichung ihrer Verbindlichkeiten – in Einzelfällen auch durch den paradoxen Vorgang der Verstaatlichung von Kreditinstituten. Mit der erfolgreichen Transformation privater in öffentliche Schulden sind die systemischen Risiken an die Staaten weitergereicht worden. Von Staatskrisen ist seitdem die Rede. Und an denen stoßen sich mit hohen Risikoaufschlägen bei der Kreditvergabe jene gesund, die 2011 bereits nichts mehr von einer Krise wissen wollen und erneut eine glänzende Zukunft des Kapitalismus verkünden.

Die haben auch jene im Visier, die auf den Highways des Weltmarktes mit neuen Exporterfolgen voranstürmen. Doch auch hier verschwinden systemische Risiken nicht in schwarzen Löchern, sondern haben die Angewohnheit, allenfalls Ort und Zeitpunkt des Erscheinens zu verändern. Zwischenzeitlich wachsen die globalen Ungleichgewichte – eine der entscheidenden Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise – und nehmen die Form von Währungskrisen an. Erneut verschränken sich damit systemische Risiken der Finanzmärkte, der Staaten und der realen Akkumulation. Und die Frage drängt sich auf: Wer soll die systemischen Risiken beim nächsten Eklat gegenfinanzieren, wenn noch weniger Staaten solvent sind? Und wie sollen dann die anderen Systemrisiken entschärft werden: die Umwelt- und Energiekrise, die globale Ernährungs- und Armutskrise, die Krisen in jenen Weltregionen, in denen soziale Reproduktion und staatliche Ordnung zusammenbrechen.

Wir sind aber nicht nur Zeugen von funktionalen Systemkrisen, in denen die Widersprüche und Grenzen von Akkumulationsregimen und Regulationsweisen zu Tage treten. Wichtiger noch: Wir sind zugleich Zeugen der Delegitimierung eines Systems, das seine Versprechen nicht mehr einlöst. Eines Systems, das beruflichen und sozialen Aufstieg in einen zunehmend engeren Flaschenhals presst und für nachwachsende Generati-

onen prekäre Biografien verheißt; eines Systems, das konsequente Maßnahmen gegen die Umwelt- und Klimakrise verhindert; eines Systems, das soziale Sicherung und Gerechtigkeit nicht herstellt; eines Systems, das dem »flexiblen Menschen« (so Sennett bereits Mitte der 1990er Jahre) die Unterordnung seines Lebens unter den Zwang des Shareholder Value, der Standortkonkurrenz oder schlicht des ökonomischen Überlebens aufzwingt. Und eines Systems, das sich mit den Insignien von Demokratie schmückt, die aber längst zur Postdemokratie mutiert ist: mit äußerlich noch intakten Institutionen, die – so die Befunde von Colin Crouch (2008) – längst von Lobbyinteressen durchdrungen sind und sich gegenüber zivilgesellschaftlichen Einflüssen abkapseln. Staatskrise und Demokratiekrise verstärken sich hier wechselseitig. Deshalb zeigt sich die Erosion der Legitimationsressourcen sowohl der ökonomischen wie der politischen Systemzusammenhänge, wie Umfragen über die Bewertung von Kapitalismus oder seiner ideologisch aufgeladenen deutschen Variante der Sozialen Marktwirtschaft ausweisen.

Auf keine der offenkundigen Systemrisiken werden Antworten gegeben – schon gar keine zukunftsfähigen. Stattdessen fordern die wirtschaftlichen und politischen Eliten Pfadkontinuität bei der Effektivierung des Exportmodells und der entschiedeneren Durchsetzung von Austeritätspolitik. Letztlich läuft dies auf den Versuch der räumlichen Externalisierung und der zeitlichen Verschiebung hinaus. David Harvey verweist zu Recht auf einen höchst bedeutsamen Unterschied bei der sich abzeichnenden Delegitimierung der alten Ordnung. »Kennzeichnend für Legitimationskrisen ist, dass sie sich mit anderer Geschwindigkeit und anderem Rhythmus entwickeln als die Krise auf den Aktienmärkten. So dauerte es beispielsweise drei oder vier Jahre, bevor der Crash auf den Aktienmärkten 1929 starke soziale Bewegungen (progressive wie faschistische) ab 1932 nach sich zog.« (Harvey 2010: 217) Folgt man dieser Überlegung, dann befinden wir uns zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts in einer Übergangsphase, die sich in der Tat nach verschiedenen, entgegengesetzten Seiten entwickeln kann. Die positive Botschaft wäre: Das Zeitfenster für Veränderungen ist noch nicht geschlossen.

Dies ist für uns der Ausgangspunkt, die Debatte über Wege zum Sozialismus im 21. Jahrhundert erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Trotz der schweren Hypotheken im Osten und Westen: eines autoritären Staatssozialismus, in dem das gesellschaftliche Leben immer mehr erstarrte, und eines sozialdemokratischen Etatismus, der sich letztlich der Hegemonie des Neoliberalismus unterordnete. Wir – die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die Helle Panke und WISSENTransfer – eröffneten die Debatte

im Sommer 2010 mit einer Konferenz, an der über 200 TeilnehmerInnen konstruktiv über Wege aus der Krise und soziale, ökologische und demokratische Transformationsperspektiven diskutierten. Und wir setzen die Debatte fort mit dieser Publikation, zu der wir Referenten, darunter leider nur eine Referentin, um Beiträge gebeten haben, um auszuloten, welche Neuansätze die Systemkrise heute für ein sozialistisches Transformationsprojekt bietet.[1]

Thematischer Ausgangspunkt der Publikation ist der systemische Charakter der Krise des Finanzmarktkapitalismus. Daran schließt sich die Frage nach Ansatzpunkten für die Zurückdrängung der Macht des Finanzkapitals und einer Vergesellschaftung des Finanzsektors an. Geradezu zwangsläufig stößt man damit auf alte Streitfragen der Linken: auf den Stellenwert der Eigentumsfrage und das Verhältnis von Markt und Plan für eine Politik grundlegenderer gesellschaftlicher Umgestaltung. In der Revitalisierung der Debatte um Wirtschaftsdemokratie könnten positive Ansätze für eine Überwindung alter Gegensätze liegen ebenso wie in der Fruchtbarmachung der ursprünglich lateinamerikanischen Konzepte einer solidarischen Ökonomie für die Umgestaltung des öffentlichen Sektors in den kapitalistischen Metropolen. In all dem bleibt für uns der Kampf für einen demokratischen Sozialismus eine aus der Systemkrise des Kapitalismus erwachsende zwingende und realistische Utopie.

Michael Brie — Rosa-Luxemburg-Stiftung
Richard Detje — WISSENTransfer
Klaus Steinitz — Helle Panke

Berlin/Hamburg, Februar 2011

Literatur

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.
Harvey, David (2010): The Enigma of Capital. And the Crisis of Capitalism. London (deutsch: Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln. Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden. Hamburg 2011).
Sennett, Richard (1998): Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin.
Stiglitz, Joseph (2010): Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft. Berlin.

[1] Einige Beiträge zu Erfahrungen und Problemen linker Reformpolitik im Kapitalismus und zu sozialistischen Transformationsansätzen in verschiedenen Ländern sind in dem Heft 156 der Pankower Vorträge der Hellen Panke enthalten.

Klaus Steinitz

Konzepte und Grundzüge sozialistischen Eigentums

Herausforderungen an eine sozialistische Politik zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse

Zu Eigentumsfragen gibt es unter Linken zahlreiche divergierende Auffassungen und heftige Auseinandersetzungen. Dies wird deutlich in den Kontroversen über Bedingungen, reale Möglichkeiten und Wege zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es betrifft aber auch die anzustrebenden Eigentumsverhältnisse und -strukturen in einer sozialistischen Systemalternative sowie die Etappen eines langfristigen sozialistischen Transformationsprozesses.

Aus der Vielzahl der Probleme werde ich mich auf zwei Komplexe konzentrieren: erstens auf die wichtigsten Erkenntnisquellen zur Eigentumsproblematik, zweitens auf die Kriterien, die der Analyse und der Bewertung der anzustrebenden Eigentumsformen zugrunde zu legen sind.

1. Drei unverzichtbare Erkenntnisquellen

Theoretische Erkenntnisse zur Bestimmung der Eigentumsproblematik

Die erste Erkenntnisquelle sind die theoretischen Grundlagen, die auf der Marxschen Analyse des kapitalistischen Privateigentums beruhen. Marx hat nachgewiesen, dass das Eigentum an den Produktionsmitteln vor allem die gesellschaftlichen Beziehungen betrifft, die die Menschen zueinander hinsichtlich der Bedingungen und der Ergebnisse der Produktion eingehen.[1] In diesem Sinn realisiert sich das Eigentum an den Produktionsmitteln vor allem im Prozess der produktiven Auseinandersetzung des

[1] In der Deutschen Ideologie schreiben Marx und Engels: »Die verschiedenen Entwicklungsstufen der Teilung der Arbeit sind ebensoviel verschiedene Formen des Eigentums; d.h., die jedesmalige Stufe der Teilung der Arbeit bestimmt auch die Verhältnisse der Individuen zueinander in bezug auf das Material, das Instrument und Produkt der Arbeit.« (MEW 3: 22)

Menschen mit der Natur. Es charakterisiert die dabei von den Menschen eingegangenen gesellschaftlichen Beziehungen und die Art und Weise, wie die ökonomische Aneignung der Ergebnisse dieser Auseinandersetzung erfolgt. Der kapitalistische Eigentümer an den Produktionsmitteln bestimmt über den Einsatz oder Nichteinsatz der Arbeitskraft und der anderen Produktionsfaktoren und eignet sich das Ergebnis der Mehrarbeit, den Mehrwert bzw. den Profit als Erscheinungsform des Mehrwerts, an. Der Kapitaleigentümer verfügt über die Produktionsmittel nach seinen Interessen und kann andere von der Verfügung bzw. Nutzung ausschließen. Damit ist das kapitalistische Eigentum die wichtigste Grundlage für die ökonomische und – infolge der entscheidenden Rolle der Ökonomie für alle anderen gesellschaftlichen Beziehungen – auch für die politische Macht des Kapitals in den kapitalistischen Gesellschaften.

Die Dominanz des kapitalistischen Eigentums bedeutet – unabhängig von seinen vielfältigen Modifizierungen und seinen konkreten Formen in der historischen Entwicklung – vor allem dreierlei:

Erstens: Die kapitalistische Gesellschaft hat ihre ökonomische Grundlage in der Aneignung der Ergebnisse fremder, unbezahlter Arbeit, d.h. in der Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Demzufolge sind soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit Wesenszüge dieser Gesellschaft in allen ihren Entwicklungsstadien und -formen.

Zweitens: Aus dem Kapitalcharakter der Produktionsmittel ergibt sich das objektive Interesse der Eigentümer an der höchstmöglichen Verwertung ihres Kapitals. Bei Dominanz kapitalistischer Eigentumsverhältnisse folgt daraus, dass die Profitinteressen die Grundrichtungen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung bestimmen, die zunehmend den Interessen der Bevölkerungsmehrheit und den Erfordernissen einer zukunftsorientierten Gestaltung der Bedingungen menschlichen Lebens widersprechen.

Drittens ist das Eigentum als gesellschaftliches Verhältnis nicht etwas Gegebenes und Feststehendes. Auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse sind veränderlich. Einschneidende Veränderungen in den konkreten kapitalistischen Eigentumsverhältnissen vollzogen sich insbesondere mit dem Übergang zum Finanzmarktkapitalismus, insbesondere in den Beziehungen zwischen produktivem Kapital und Finanzkapital.

Aus der Marxschen Politischen Ökonomie folgt auch die zentrale Rolle, die der Veränderung der Eigentumsverhältnisse, dabei vor allem der Überwindung der Dominanz des Kapitaleigentums, für den Übergang zu einer alternativen sozialistischen Gesellschaft zukommt. Zur Weiterentwicklung der theoretischen Grundlagen der Eigentumsfrage in den letzten

Jahrzehnten gehören insbesondere (vgl. hierzu u.a. Leibiger 2010a, b; Klein/Brie 2007):

- die Charakterisierung der differenzierten Beziehungen zwischen dem Eigentum an den Produktionsmitteln im umfassenden Sinne (einschließlich der Finanzvermögen) in seinen verschiedenen Formen und den gesellschaftlichen Verhältnissen, insbesondere der ökonomischen und politischen Machtstrukturen;
- eine deutlichere Unterscheidung zwischen juristischen Eigentumsformen und der realen Verfügung über das Eigentum und in diesem Zusammenhang auch die Relativierung der Rolle, die der Verstaatlichung im Verhältnis zur realen Vergesellschaftung des Eigentums zukommt;
- eine differenziertere Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen den dominierenden kapitalistischen Eigentumsverhältnissen, den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und den Chancen für Schritte in Richtung einer sozialen und ökologischen Regulierung der Entwicklung;
- Untersuchungen über Veränderungen in den Eigentumsstrukturen im Finanzmarktkapitalismus.

Analyse der kapitalistischen Eigentumsstrukturen

Eine zweite Erkenntnisquelle beruht auf der Analyse der kapitalistischen Eigentumsstrukturen. Es ist äußerst wichtig, zwischen den verschiedenen Formen, in denen kapitalistisches Eigentum existiert und sich entwickelt, zu unterscheiden: Einzelkapital, vorwiegend als Privateigentum natürlicher Personen, größtenteils kleine und mittlere Unternehmer, Personen- und Kapitalgesellschaft als »assoziiertes« oder »Gesellschaftskapital« (Marx), internationale Kapitalverflechtung der Transnationalen Konzerne. Mit der technologischen Revolution, insbesondere der Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationssysteme, gewinnt das Eigentum an Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung (Patente), an Software, an Informationsnetzen und -pools – gewissermaßen ein nichtdingliches, virtuelles Eigentum – eine herausragende, ständig zunehmende Bedeutung.

Die spezifischen sozialökonomischen Inhalte und Realisierungsweisen sowie die Bedeutung der verschiedenen Formen kapitalistischen Eigentums verändern sich in den jeweiligen Entwicklungsstufen der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Die konkreten kapitalistischen Eigentumsverhältnisse passen sich den veränderten Bedingungen an und erfahren auch jeweils spezifische Ausprägungen in verschiedenen Weltregionen und Ländern.

Aus einer solchen Analyse ergeben sich auch neue Herausforderungen an eine sozialistische Politik, die hier nur in einigen Stichpunkten genannt werden können:

- Eine neue Qualität der Internationalisierung kapitalistischer Eigentumsstrukturen. Im gegenwärtigen globalen Kapitalismus gewinnen die Transnationalen Konzerne (TNK) oder Global Player ein entscheidendes Gewicht. Sie spielen eine zunehmende Rolle im Wirtschaftsleben und üben einen wachsenden Druck auf die Politik aus. Über globale Kapitalströme, die als Auslandsinvestitionen größtenteils über die TNK realisiert werden, bestimmen sie in hohem Grad die Entwicklungsperspektiven in den Ländern der »Dritten Welt«.
- Übergang zu einem Finanzmarktkapitalismus, der insbesondere durch folgende Merkmale charakterisiert wird: (relative) Loslösung der Kapitalverwertung von der Realwirtschaft, zunehmend parasitäre Züge durch Deregulierung der Finanzmärkte, undurchsichtige, spekulative Finanzinnovation, Finanzblasen u.a. sowie Untergrabung der Demokratie und der sozialen Sicherheit. Die verheerenden Auswirkungen dieser Entwicklung zeigten sich im Gefolge der letzten umfassenden kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 ausbrach. Ihre Folge waren Hunderte Milliarden Euro zur Rettung von Banken auf Kosten der Steuerzahler, eine drastische Zunahme der Haushaltsdefizite und Erhöhung der Schuldenquoten der Staaten sowie ein Sparprogramm zur Haushaltskonsolidierung vor allem auf Kosten der sozial Schwachen.
- Eindringen des Kapitals und damit des Profitprinzips in die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Bildung, soziale Sicherungssysteme, Personenverkehr u.a. Damit wird eine neue Qualität der Unterwerfung aller Bereiche der Gesellschaft unter die Gesetze der Marktwirtschaft und ihrer Regulierung durch den Profit erreicht. Die Ökonomie durch Enteignung des Öffentlichen gewinnt eine neue Dimension. Damit erhält auch der Kampf um die Erhaltung der öffentlichen Güter und des öffentlichen Raums und um das Rückgängigmachen der Privatisierungen auf diesen Gebieten, insbesondere die Re-Kommunalisierung, einen höheren Stellenwert.
- Verstärkte Tendenz zur Privatisierung von Natur- und Rohstoffressourcen sowie der Verschmutzungsrechte für den CO_2-Ausstoß durch die TNK im Zusammenhang mit der Klimakrise und der zunehmenden Verknappung natürlicher Ressourcen. Damit wird die Nord-Süd-Kluft vertieft. Der Übergang auf den neuen Entwicklungspfad sozialökologisch nachhaltiger Entwicklung wird blockiert.

Die hiermit verbundenen weitgehenden Konsequenzen für die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik schlagen sich jedoch bisher nicht ausreichend in strategischen Politikvorstellungen und in konkreten Projekten der Linken nieder.

Die Entwicklung in den skandinavischen Ländern – höhere Abgabenquoten zur öffentlichen Finanzierung der Sozialleistungen sowie der Beschäftigung im öffentlichen Sektor – zeigt, ungeachtet von Rückschlägen in den letzten Jahren infolge eines verstärkten neoliberalen Einflusses auf die Politik, dass es auch unter den heutigen Bedingungen in den kapitalistischen Ländern bei entsprechenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen einen nicht geringen politischen Gestaltungsspielraum gibt.

Für eine linke Politik steigt der Stellenwert gesellschaftlicher Regulierung und demokratischer Kontrolle der Wirtschaft, der Veränderung von Eigentumsverhältnissen im Bankensektor, in Bereichen der Infrastruktur und der Energiewirtschaft zu Gunsten des öffentlichen Eigentums, einer Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmung, vor allem auch einer stärkeren demokratischen Regulierung und Kontrolle im gesamten Finanzbereich. Die Koordinierung der hierfür erforderlichen Schritte und konkreten Maßnahmen in der EU und im globalen Maßstab wird immer vordringlicher.

Eine weitere Schlussfolgerung betrifft die notwendige stärkere Differenzierung linker Politik für den privaten Unternehmensbereich. Hierzu gehört die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), die Förderung innovativer Existenzgründungen, Hilfen zur Überbrückung zeitweiliger, oft nicht verschuldeter Zahlungsschwierigkeiten der KMU und die Förderung von Unternehmensnetzwerken zwischen den KMU.

Schließlich soll noch hervorgehoben werden, dass im Zusammenhang mit dem sozial-ökologischen Umbau, darunter speziell mit der notwendigen Energiewende hin zu regenerativen Energieträgern, die Bedeutung kommunaler und anderer regionaler Eigentumsformen an Bedeutung gewinnt.

Analyse der Eigentumsproblematik im Staatssozialismus

Als eine dritte Erkenntnisquelle kann die Analyse der Eigentumsprobleme des gescheiterten Staatssozialismus angesehen werden, darunter der Zusammenhänge zwischen den strukturellen Deformationen des Staatssozialismus und der ausgebliebenen realen Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums. Dabei spielen drei Problemkreise eine wesentliche Rolle.

Erstens die falsche, aber lange Zeit in der politischen Ökonomie des Sozialismus allgemein akzeptierte Annahme, mit der Umwandlung des

kapitalistischen Privateigentums in staatliches Eigentum sei die Eigentumsfrage im Wesentlichen gelöst. Das staatliche bzw. das Volkseigentum wurde primär unter dem Gesichtspunkt betrachtet, dass es die wichtigste ökonomische Grundlage ist, um die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer führenden Partei zu sichern und eine umfassende Planwirtschaft einzuführen und durchzusetzen. Dass es hier vor allem um das Feld realer Vergesellschaftung geht, auf dem die Produzenten und darüber hinaus alle BürgerInnen einen bestimmenden demokratischen Einfluss auf die Gestaltung der Produktions- und Aneignungsprozesse nehmen, wurde in den staatssozialistischen Ländern real nicht beachtet. Die fehlende Wirtschaftsdemokratie in den Betrieben, in den Regionen und auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene führte dazu, dass das Volkseigentum von den Menschen als etwas Anonymes, Fremdes betrachtet wurde und sich auch kein wirkliches Eigentümerbewusstsein herausbilden konnte. Es gab zwar Elemente einer Mitbestimmung, z.B. die Plandiskussionen in den Betrieben, die zu entsprechenden Planvorschlägen der Betriebskollektive führten. Die Planberatungen trugen aber oft formalen Charakter, die Ergebnisse wurden häufig von übergeordneten Stellen ohne Rückkopplung zu den Betriebskollektiven korrigiert. Dies wirkte sich natürlich hemmend auf die Motivation der Beschäftigten aus, engagiert an der Diskussion und Erfüllung des von oben auferlegten Planes teilzunehmen.

Die fehlende reale Vergesellschaftung des Eigentums mit ihren Folgewirkungen hinsichtlich überzentralisierter Planung, fehlender demokratischer Partizipation der Belegschaften und der Bevölkerung, schwacher Kopplung der Einkommen an den erzielten ökonomischen Ergebnissen usw. waren grundlegende Mängel des Staatssozialismus. Sie wirkten sich hemmend auf Innovationen, Effizienz und Produktivität aus. Sie waren auch ein entscheidender Grund dafür, dass die Entfremdung der Arbeit nicht aufgehoben werden konnte.

Für die Wirtschaftsdemokratie bieten die verschiedenen Formen des Gemeineigentums unterschiedliche Möglichkeiten. So schafft das *Belegschafts- oder Gruppeneigentum im Verhältnis zum staatlichen Eigentum* günstigere Voraussetzungen für eine direkte und umfassende Beteiligung der Beschäftigten an der Beratung und Entscheidung grundlegender Fragen der Entwicklung von Produktion, Innovationen und Investitionen, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie der Verteilung der erwirtschafteten Überschüsse des Betriebes bzw. Unternehmens. Damit enthält diese Eigentumsform auch bessere Voraussetzungen, um die Wirksamkeit der über subjektive Interessen vermittelten Triebkräfte für Produktivität und Effizienz zu erhöhen. Interesse und Motivation der

Produzenten für gute ökonomische Ergebnisse können damit insgesamt gestärkt werden.

Ob und inwieweit die Umwandlung des kapitalistischen Privateigentums in Eigentum der Produzentenkollektive der Hauptweg zur realen Vergesellschaftung sein wird, ist zumindest eine offene Frage, die auch nach den jugoslawischen Erfahrungen nicht eindeutig positiv beantwortet werden kann. Gruppeneigentum schafft zwar bessere Bedingungen für die unmittelbare Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel und für ihre Interessen an den Resultaten der Wirtschaftstätigkeit, ist aber zugleich auch mit widersprüchlichen Problemen und Konflikten verbunden.

Zum einen gibt es, wie auch die Erfahrungen Jugoslawiens gezeigt haben, einen Konflikt zwischen den Interessen der Beschäftigten der jeweiligen Unternehmen an kurzfristigen Lohnerhöhungen und den perspektivischen Entwicklungserfordernissen dieser Unternehmen, die insbesondere eine Stärkung der Forschung und Entwicklung sowie der Investitionen für die Zukunft verlangen.

Zum anderen wird mit einer breiten Herausbildung von Belegschaftseigentum die entscheidende Frage nicht beantwortet, wie die demokratischen Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen, die nicht in den jeweiligen Betrieben arbeiten, von Umwelt-, Verbraucherverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf die Entwicklung insbesondere für die Region wichtiger Unternehmen gesichert werden kann, und wie dabei auftretende Interessenkonflikte zu lösen sind. Dies betrifft Fragen wie die Umstellung der Forschung und Produktion in Werken der Automobilproduktion im Interesse nachhaltiger Lösungen für die Mobilität sowie insgesamt Maßnahmen eines langfristigen sozial-ökologischen Umbaus, die auch zum Verlust an Arbeitsplätzen an verschiedenen Standorten führen können.

Schließlich geht es darum, dass zwischen betrieblichen Interessen und betriebswirtschaftlichen Erfordernissen einerseits und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen andererseits objektive Interessenwidersprüche bestehen. Widersprüche gegenüber gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen existieren sowohl bei Betrieben mit kapitalistischem Eigentum als auch bei solchen im Belegschaftseigentum. Damit wird ein Grundproblem sozialistischer Eigentumsverhältnisse berührt: die Herstellung einer optimalen Übereinstimmung zwischen individuellen und kollektiven Interessen auf der einen und den Erfordernissen nach gesamtwirtschaftlicher Proportionalität, Effizienz und Zukunftsfähigkeit auf der anderen Seite. Diese Notwendigkeit wurde in den 1960 Jahren von dem sowjetischen

Ökonomen Libermann auf die kurze Formel gebracht: Was der Volkswirtschaft nützt, muss auch für den Betrieb von Vorteil sein.

Das staatliche Eigentum ist aus sich heraus noch kein vergesellschaftetes Eigentum. Verstaatlichung als solche hat noch wenig mit realer Demokratisierung und realer Vergesellschaftung zu tun. Das hat sich im Realsozialismus gezeigt und wird auch im heutigen Kapitalismus deutlich. Es enthält jedoch Voraussetzungen oder Möglichkeiten, um durch konsequente Demokratisierung, durch die Erhöhung der realen Einfluss- und Verfügungsrechte der Produzenten und der gesamten Bevölkerung, zu gesellschaftlichem Eigentum zu werden.

Diese Möglichkeiten blieben im Realsozialismus weitgehend ungenutzt. Ihre konsequente Realisierung hätte das Aufgeben des Macht- und Entscheidungsmonopols der Partei bedeutet. Staatliches oder gesamtgesellschaftliches Eigentum bieten bessere Voraussetzungen als Gruppeneigentum, um gesellschaftliche Zielstellungen, wie notwendige Veränderungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, umzusetzen, die für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau unerlässlich sind. Ohne gesamtgesellschaftliches Eigentum wird es auch keine wirksame gesamtgesellschaftliche Planung geben.

Die Frage ist nach meiner Meinung nicht: staatliches *oder* Belegschaftseigentum. Beide haben ihre Existenzberechtigung. Es geht darum, nicht bei der Verstaatlichung stehen zu bleiben, sondern diese durch Demokratisierung und tatsächliche Mitbestimmung, d.h. durch reale Vergesellschaftung, zu einer anderen, bisher noch nirgends realisierten Qualität der Verfügung der gesellschaftlichen Produzenten über das Eigentum zu entwickeln.

Mit der vereinfachten Auffassung über das Staatseigentum als höchster Eigentumsform war auch das Negieren der langfristigen Existenzberechtigung privater kleiner und mittlerer Unternehmen verbunden. Diese spielten in der DDR als private Unternehmen und vor allem in gemischten Eigentumsformen (Betriebe mit staatlicher Beteiligung bzw. halbstaatliche Betriebe) u.a. infolge ihrer gegenüber den volkseigenen Betrieben höheren Flexibilität mehrere Jahre eine positive Rolle. Sie wurden jedoch im Ergebnis einer falschen, schematischen Politik, die auf die möglichst uneingeschränkte Dominanz des staatlichen Eigentums in der Industrie gerichtet war, 1972 in Volkseigene Betriebe umgewandelt. Dabei ist interessant, dass mehr als drei Viertel der ehemaligen Unternehmer oder Direktoren dieser Betriebe als Betriebsleiter bzw. in anderen wichtigen Funktionen in den neuen Volkseigenen Betrieben eingesetzt wurden (Hümmler 2010: 7).

Zweitens die fehlende bzw. völlig unzureichende Berücksichtigung der ökonomischen Interessen der Betriebe als wirtschaftende Einheiten. In der zentralistischen Planwirtschaft konnten sich diese ökonomischen Interessen kaum artikulieren, geschweige denn umfassend wirksam werden. Das neue ökonomische System der Leitung und Planung (NÖS) – es wurde Anfang der 1960er Jahre eingeführt – enthielt viele konstruktive Vorstellungen für eine Reformierung der staatssozialistischen Wirtschaft. Eine tragende Idee bestand darin, Bedingungen zu schaffen, um den Grundsatz »was im gesellschaftlichen Interesse liegt, muss auch für den Betrieb von Vorteil sein« durchzusetzen. Das NÖS wurde aber nach wenigen Jahren frühzeitig abgebrochen und das überholte System der zentralistischen Leitung und Planung im Wesentlichen beibehalten.

Die Betriebe wurden danach bewertet, wie sie die von oben vorgegebenen Planauflagen erfüllen. Hiervon hingen die Zuführungen zum Betriebsprämien- und zu den Kultur- und Sozialfonds ab. Die Leiter und die Betriebskollektive waren daher vor allem an Planaufgaben interessiert, die sie sicher erfüllen konnten. Ihre Anstrengungen richteten sich daher mehr auf die Zuteilung möglichst umfangreicher Ressourcen für die Erfüllung der Pläne (Arbeitskräfte, Produktionsausrüstungen, Material) und weniger auf hohe Effizienz und Innovationen. Insgesamt gelang es nicht, das Interessengeflecht zwischen gesamtgesellschaftlichen, kollektiven (Betriebe, Regionen) und individuellen Interessen wirksam, geschweige denn optimal zu gestalten. Dies bleibt eines der kompliziertesten Probleme für eine sozialistische Systemalternative, das bisher noch nirgends auf der Welt zufriedenstellend gelöst werden konnte.

Drittens die unzureichende Nutzung ökonomischer Mechanismen und Instrumente des Marktes und der ihm zugrundeliegenden Ware- und Wertkategorien wie Kosten, Gewinn, Preis, Kredit und Zins für die Verwirklichung der ökonomischen und sozialen Ziele des Sozialismus. Fragen zur Rolle der Warenproduktion und des Marktes im Sozialismus werden noch lange Zeit in der Linken Streitpunkte bleiben, an denen sich die Gemüter erhitzen. Zugespitzt könnte m.E. gesagt werden, dass ein Sozialismus, der die Nutzung der Kategorien Ware, Wert sowie des Markts negiert, kaum dauerhaft existenzfähig sein wird. Dies gilt zumindest für die gegenwärtig absehbare Zeit. Ebenso gilt jedoch, dass es bisher noch kein überzeugendes Beispiel dafür gibt, gesellschaftliche und Marktregulierung so miteinander zu verbinden, dass die sozialistischen Ziele und Wertvorstellungen erfüllt werden und zugleich eine hohe Rationalität und Effizienz des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erreicht wird. Mit anderen Worten, für den positiven und die Menschen überzeugenden

Nachweis einer wirksamen Verbindung von Markt und gesellschaftlicher Regulierung/Planung muss noch einiges getan werden. Es wird auch hier keine generell anwendbare Lösung geben. Vielmehr wird es darum gehen, aus positiven Ergebnissen wie auch aus Misserfolgen und Fehlentwicklungen zu lernen, um den jeweiligen konkreten Bedingungen entsprechende Lösungen anzustreben. Dies wird eine ständige Herausforderung bleiben, sowohl für die Länder, in denen wie in China, Vietnam und Kuba um einen Entwicklungsweg auf sozialistischer Grundlage gerungen wird, und für die lateinamerikanischen Länder, die Schritte in Richtung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts gehen wollen, als auch für die Linke in den kapitalistischen Industrieländern, in denen eine zukünftige Transformation zu einer sozialistischen Gesellschaft diskutiert werden.

Bei der Analyse und Bewertung der Gründe für das Scheitern des Staatssozialismus in Europa und der Rolle von Marktregulierung handelt es sich folglich nicht in erster Linie um eine historische Problematik. Vielmehr geht es um die Verbindung von zwei qualitativ unterschiedlichen Regulationsweisen: Einerseits einer Marktregulierung, die sich spontan, häufig hinter dem Rücken der Akteure vollzieht; andererseits einer gesellschaftlichen Regulierung, die bewusste Handlungen zur Umsetzung gesellschaftlicher – ökonomischer, sozialer, ökologischer – Erfordernisse verlangt, um eine sozialökologisch nachhaltige und zugleich innovative und effiziente Entwicklung zu erreichen. Welchen Charakter wies das staatliche Eigentum bzw. das Volkseigentum (Volkseigene Betriebe, Volkseigene Kombinate in Industrie und Bauwesen, Volkseigene Güter in der Landwirtschaft u.a.) auf? Die politische Linke stimmt weitgehend darin überein, dass dieses staatliche Eigentum infolge fehlender realer Vergesellschaftung nicht als sozialistisches Eigentum aufgefasst werden kann. Aber welchen Charakter trägt es dann? Diese Frage wird mit einer einfachen Negierung des sozialistischen Charakters nicht beantwortet. Von einigen wird die Auffassung vertreten, dass es sich um staatskapitalistisches Eigentum oder »noch eine Form privaten Produktionsmitteleigentums« (Behrens 2010: 150) handelte. Eine solche Einschätzung geht m.E. an der Zwiespältigkeit dieses Eigentums im Realsozialismus vorbei. Sie berücksichtigt nicht die Vielfalt und Komplexität sowie die Differenziertheit und Widersprüchlichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse, die den eigentlichen Inhalt des Eigentums bilden. Wir kommen hier nur weiter, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse, die dem Eigentum im Staatssozialismus zugrunde lagen, differenzierter betrachtet werden. Dabei spielen vor allem folgende Arten gesellschaftlicher Beziehungen, in denen sich das Eigentum äußert und konkret realisiert, eine bestimmende Rolle:

1. Die gesellschaftlichen Beziehungen, die die reale Verfügung über das Eigentum, über seinen Einsatz und seine Nutzung zum Inhalt haben, bilden den Ausgangspunkt für eine Analyse der Eigentumsverhältnisse. Diese Verfügung lag nicht bei der Bevölkerung bzw. bei den Produzenten und war im Kern nicht demokratisch. Die Verfügung erfolgte zentralistisch und lag bei der Partei- und Staatsführung. Dies widerspricht den Zielen und Wertvorstellungen einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft und lag dem unterentwickelten Charakter der Vergesellschaftung zugrunde.
2. Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die den eigentlichen Zweck, das Ziel der Produktion zum Ausdruck bringen, spielen eine herausragende Rolle. Hier gibt es einen grundlegenden Unterschied zu den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Die Produktion und die ihr zugrunde liegende Arbeit waren nicht auf die Kapitalverwertung gerichtet, auch nicht auf die persönliche Bereicherung der politischen Elite, sondern auf die Bedürfnisse der Menschen, so unvollständig und verzerrt das häufig auch geschah. Diese gesellschaftliche Zielstellung kennzeichnete zumindest ein wesentliches, neues Element der dem Eigentum zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse, insbesondere der Arbeit, die das Eigentum hervorbringt und vermehrt, und damit einen grundsätzlichen Unterschied zum kapitalistischen Eigentum. Die neue Qualität der Eigentumsverhältnisse zeigte sich insbesondere darin, dass die Dominanz des Profitprinzips für die gesellschaftliche Entwicklung aufgehoben wurde, ein hohes Maß sozialer Gleichheit erreicht werden konnte und Arbeitslosigkeit überwunden wurde. Gleichwohl wurden auch hier Grundprobleme des Realsozialismus offensichtlich: Die Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung wurden nicht im Ergebnis einer demokratischen Partizipation der Menschen, sondern nach den Vorstellungen der Parteiführung entschieden; es gelang nur unvollständig, soziale Gleichheit und Sicherheit des Arbeitsplatzes mit persönlichkeitsfördernden Arbeitsbedingungen sowie mit hoher Innovationskraft, Effizienz und Produktivität zu verbinden.
3. Eine wichtige Rolle spielen die konkreten sozialen Beziehungen der Beschäftigten untereinander und ihre Beziehungen zum Management im Produktions- und Reproduktionsprozess sowie die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Betrieben. Hier gibt es relevante Unterschiede gegenüber den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen. Die gesellschaftlichen Beziehungen waren in den staatssozialistischen Ländern in starkem Maße durch Kooperation und Erfahrungsaustausch ge-

kennzeichnet, auf der betrieblichen Ebene gab es im Vergleich zu den Betrieben im Kapitalismus ein weit stärkeres offenes Aussprechen der Probleme, der Leitungsstil war in der Regel weit weniger autoritär. Die Beziehungen zwischen den Betrieben beruhten dem Wesen nach nicht auf Konkurrenz, sondern mehr auf Kooperation, wozu auch Betriebsvergleiche und die Übernahme positiver Erfahrungen gehörten.

Aus all dem wird ersichtlich, dass die Eigentumsverhältnisse im Realsozialismus ein differenziertes Bild boten, und dass sich auf wichtigen Gebieten schon wesentliche Elemente sozialistischer Verhältnisse herausbildeten. In diesem Sinne trugen sie transitorischen Charakter. Sie könnten als Verhältnisse charakterisiert werden, die schon entscheidende Züge kapitalistischer Eigentumsverhältnisse abgestreift hatten und daher auch nicht mehr den Charakter von Privateigentum an den Produktionsmitteln aufwiesen, in denen sich schon Züge und Elemente sozialistischer Produktionsverhältnisse äußerten, die jedoch nur schwach, unzureichend ausgeprägt waren.

Aus den grundlegenden Defiziten und Mängeln des Staatssozialismus sowie auch aus den unvollendeten und frühzeitig abgebrochenen Reformansätzen ergeben sich Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Eigentumsverhältnisse in einer zukünftigen sozialistischen Systemalternative. Zu den Erfahrungen des Realsozialismus gehört auch, dass es zur Lösung dieser Probleme weder fertige noch widerspruchsfreie Lösungen geben wird. Erkenntnis- und Lösungsfortschritte wird es nur geben auf der Grundlage einer ständigen kritischen Auswertung der Ergebnisse sozialistischer Transformationsprozesse, der eigenen und auch der anderer Länder, in einem offenen, transparenten, selbstkritische Reflexionen einschließenden, Diskussionsprozess.

2. Kriterien, nach denen die anzustrebenden Eigentumsformen bestimmt werden sollten

Das jeweilige Eigentum als grundlegendes gesellschaftliches Verhältnis der Menschen im Prozess der Auseinandersetzung mit der Natur beeinflusst in hohem Maße die Art und Weise der Produktion und Reproduktion. Dabei geht es vor allem um folgende Kriterien zur Beurteilung der Wirksamkeit der Eigentumsverhältnisse im Reproduktionsprozess: (1) Welche Triebkräfte sind wirksam? (2) In welchem Ausmaß und in welcher Art und Weise beeinflussen die Bedürfnisse und die Interessen der Menschen die Arbeit, die Produktionsergebnisse und ihre Verteilung? (3)

Wie werden Innovationen und Effizienz stimuliert? (4) Inwieweit gelingt es, den Erfordernissen einer sozial-ökologisch zukunftsfähigen Entwicklung gerecht zu werden? (5) Welche Möglichkeiten der Partizipation und der realen demokratischen Einflussnahme auf die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft bestehen?

Die Auswertung bisheriger Erfahrungen des gescheiterten Realsozialismus in Europa, der Entwicklung in China, Vietnam und Kuba und in mehreren lateinamerikanischen Ländern lässt bestimmte Schlussfolgerungen zu, die auch in den Diskussionen zum Programmentwurf der LINKEN stärker beachtet werden sollten.

Es gibt nicht die ideale Eigentumsform

Jede Form des Gemeineigentums – staatliches, kommunales, Belegschafts-, genossenschaftliches sowie andere Formen gemeinschaftlichen und solidarischen Eigentums – weist einen ganz spezifischen Zusammenhang zu den oben genannten Kriterien auf und wirkt daher auch in unterschiedlicher Art und Weise sowie Intensität auf deren Realisierung. Diese Differenziertheit gilt auch für die verschiedenen Formen des Privateigentums sowie gemischter öffentlich-privater Eigentumsformen. Die verschiedenen Eigentumsformen müssten daher auch danach bewertet werden, welche potenziellen positiven, fördernden bzw. hemmenden Wirkungen ihnen innewohnen. D.h., wie tragen sie dazu bei, die grundlegende humanistische Forderung zu verwirklichen, dass der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Interessen im Zentrum der Wirtschaft stehen muss? Es gilt solche Eigentumsformen und -strukturen zu fördern, die günstige Bedingungen für die freie, selbstbestimmte Teilhabe aller Menschen an der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung schaffen. Das bedeutet vor allem: das Menschenrecht auf Arbeit, auf Teilhabe an der gesellschaftlichen Arbeit und den Zugang zu den für die Befriedigung der Grundbedürfnisse erforderlichen öffentlichen Gütern zu gewährleisten sowie eine möglichst umfassende demokratische, direkte Teilnahme an den wichtigen Entscheidungen zu sichern. Hier geht es besonders um die umfassende Entfaltung der Wirtschaftsdemokratie in den Betrieben, Regionen und auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene sowie um progressive Veränderungen in der Erwerbsarbeit – verbindliche sozial- und gesundheitspolitische Standards in allen Bereichen, Arbeitszeitverkürzung, Verwirklichung der Grundsätze einer selbstbestimmten »guten Arbeit«.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es auf diesen Gebieten auch unter kapitalistischen Verhältnissen möglich ist, für das Leben der Menschen wichtige Fortschritte zu erreichen. Ihre konsequente, dauerhafte

und umfassende Verwirklichung wird jedoch nur möglich sein, wenn an die Stelle der Dominanz des kapitalistischen Eigentums und der Profitregulierung die Dominanz des gemeinschaftlichen Eigentums in seinen verschiedenen Formen und die Regulierung nach den Bedürfnissen der Menschen und den gesellschaftlichen Erfordernissen tritt. In genossenschaftlichen Eigentumsformen, in Betrieben, die auf Belegschaftseigentum beruhen und in selbstverwalteten Betrieben bestehen die günstigsten Voraussetzungen für eine umfassende demokratische Beteiligung und Selbstbestimmung der Beschäftigten.

Für die Durchsetzung des notwendigen Paradigmenwechsels zu einer sozial-ökologisch nachhaltigen, zukunftsfähigen Entwicklung spielt die Dominanz des Gemeineigentums eine entscheidende Rolle. Die Defizite und Schwächen der Umweltpolitik in den Ländern des Realsozialismus haben aber auch deutlich gezeigt, dass es sich hierbei nur um objektive Voraussetzungen, aber noch lange nicht um die Realität handelt. Die positiven Wirkungen treten nicht allein durch die Dominanz öffentlichen Eigentums, gewissermaßen im Selbstlauf, ein. In der Gestaltung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung können und müssen die sozialistischen Eigentumsverhältnisse ihre Überlegenheit noch nachweisen.

Eine wichtige Rolle beim sozial-ökologischen Umbau können kommunales Eigentum und Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie spielen, die zur Förderung regionaler Wirtschaft, z.B. durch Kapazitäten für erneuerbare Energie, und zur Einschränkung überregionaler Transporte beitragen.

Für Produkt- und Technologieinnovationen und flexibles Reagieren auf Bedarfsveränderungen übt – bei Vorhandensein der notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – das Unternehmertum privater und gemischter Eigentumsformen eine größtenteils positive Wirkung aus. Natürlich gilt es auch in Betrieben des Gemeineigentums, die Voraussetzungen für Innovationen und flexibles Reagieren zu verbessern. Sie müssen in die Lage versetzt werden, ihre ökonomischen Interessen wirksamer zu artikulieren und – in Übereinstimmung mit einer staatlichem Rahmensetzung und -planung – durch größere Spielräume für eigene Entscheidungen auch durchzusetzen.

Die spezifischen Wirkungen der verschiedenen Eigentumsformen hängen wiederum sehr stark ab von den spezifischen Bedingungen der Wirtschaftsbereiche. Von besonderer Bedeutung sind dabei die Unterschiede zwischen Großbetrieben und kleinen und mittleren Betrieben, zwischen industrieller, landwirtschaftlicher und handwerklicher Produktion, zwischen Produktion und Dienstleistungen, zwischen regional und

auf überregionalen Absatz orientierten Unternehmen sowie die spezifischen Anforderungen der Daseinsvorsorge und der Bereitstellung öffentlicher Güter.

Probleme der konkreten Ausgestaltung und der Wirkungen der verschiedenen Eigentumsformen

Die konkrete Ausgestaltung und die Wirkungen der verschiedenen Eigentumsformen sind im Rahmen eines bestimmten Spektrums veränderbar und beeinflussbar. Entscheidend hierfür ist immer die reale Verfügbarkeit über das Eigentum, die von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und der Gestaltung der vielfältigen gesellschaftlichen Beziehungen in den Eigentumsverhältnissen abhängig ist.

Die reale Verfügbarkeit unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen kann durch eine stärkere Mitbestimmung der Belegschaften und durch eine wirksame demokratische Einflussnahme der Gewerkschaften und der vielfältigen sozialen Bewegungen auf die staatlichen Rahmensetzungen (Steuerpolitik, Finanzierung der Sozialsysteme, Regelungen zur Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse, umweltpolitische Vorgaben u.a.) beeinflusst werden. Eine Verstaatlichung löst nicht aus sich heraus die Probleme einer stärkeren wirtschaftsdemokratischen Einflussnahme und Kontrolle sowie der Orientierung auf sozial-ökologische Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit. Sie schafft aber hierfür günstigere Voraussetzungen, die durch gesellschaftliches Handeln in die Realität umgesetzt werden können.

Es gilt stets zwischen den potenziellen Möglichkeiten, die den verschiedenen Eigentumsformen immanent sind, und deren tatsächlicher Realisierung zu unterscheiden. Beim öffentlichen Eigentum wird das in erster Linie von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bestimmt, die einerseits maßgeblich sind, um die erforderlichen gesetzlichen Rahmenbedingungen festzulegen und von denen es andererseits abhängig ist, dass die notwendige Kontrolle und wirtschaftsdemokratische Verfügung über das Eigentum gesichert und weiter verbessert werden. Von großer Bedeutung ist selbstverständlich auch, wie die verschiedenen Organisationen und Institutionen, Wirtschafts- und Sozialräte, Gewerkschaften und Betriebräte, kommunalen Selbstverwaltungsorgane, Aufsichtsräte u.a. ihre Funktionen wahrnehmen.

In einer sozialistischen Gesellschaft ist die Demokratisierung des öffentlichen Eigentums, die Stärkung der demokratischen Einflussnahme und der Gestaltungsmöglichkeiten der Belegschaften, der Regionen und der zivilgesellschaftlichen Organisationen eine ständige Aufgabe und He-

rausforderung, um eine reale Vergesellschaftung des Eigentums zu gewährleisten.

3. Grundzüge einer zukünftigen sozialistischen Eigentumsordnung

Es wäre verfehlt, zu versuchen, heute das Modell der Eigentumsverhältnisse eines Sozialismus im 21. Jahrhundert zu entwerfen. Es kann aber die Diskussion um eine Systemalternative zum Kapitalismus fördern, wenn versucht wird, Grundzüge einer zukünftigen sozialistischen Eigentumsordnung, darunter auch die grundlegenden Unterschiede zum Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts, zu skizzieren.

- In einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts haben die verschiedensten Eigentumsformen, einschließlich des privaten Eigentums, eine langfristig gesicherte Existenzberechtigung. Sie werden jeweils bestimmte Funktionen erfüllen. In diesem Sinne sollte sich eine sozialistische Eigentumskonzeption durch Eigentumspluralismus auszeichnen.
- Entscheidend für die Gesamtwirkungen der Eigentumsverhältnisse sind die jeweils dominierenden Eigentumsstrukturen, die Dominanz kapitalistischer oder gemeinschaftlicher, sozialistischer Eigentumsstrukturen. Eine sozialistische Gesellschaft setzt voraus, dass die Dominanz des kapitalistischen Eigentums und damit auch des Profitprinzips überwunden und durch die Dominanz des Gemeineigentums in seinen verschiedenen Formen ersetzt wird. Unter diesen Bedingungen kann die Existenz des Privateigentums, auch des kapitalistischen Eigentums, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmer, dazu beitragen, die im Unternehmertum steckenden Potenzen für Innovationen, Effizienz und flexibles Reagieren im Interesse der Gemeinschaft zu nutzen. Die auf der Grundlage des öffentlichen Eigentums mögliche gesellschaftliche Regulierung schafft Voraussetzungen, um auch kapitalistische Eigentümer in eine gesamtgesellschaftlich geplante Entwicklung einzubeziehen und ihre Potenziale für Aufgaben einer gerechten, solidarischen, umweltfreundlichen Entwicklung in einer sozialistischen Gesellschaft zu nutzen.
- Die Pluralität der verschiedenen Eigentumsformen sollte nicht nur durch Vielfalt gekennzeichnet sein, sondern durch eine weitgehende Übereinstimmung der konkreten Eigentumsformen mit den jeweiligen differenzierten Produktions- und Reproduktionsbedingungen, sodass insgesamt die oben genannten Kriterien so weit wie möglich realisiert werden können. Dabei bleibt die Weiterentwicklung der Eigentums-

strukturen und insbesondere der realen, demokratischen Verfügbarkeit der Produzentinnen und Produzenten sowie der Bürgerinnen und Bürger über das Eigentum zur Erfüllung sozialistischer Zielstellungen eine ständige Aufgabe.

In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, dass der Streit darüber, was wichtiger sei, die Veränderung der Eigentumsform oder die Veränderung der Verfügbarkeit über das Eigentum, etwas scholastisch ist. Beide Aufgaben gehören zusammen, sind in ihrer Wirksamkeit für die Lösung gesellschaftlicher Probleme gegenseitig voneinander abhängig. So enthält auch das heute vorherrschende kapitalistische Eigentum noch beträchtliche Spielräume für einen stärkeren Einfluss sozialer und ökologischer Ziele auf die konkrete Art und Weise, wie dieses kapitalistische Eigentum ökonomisch realisiert wird. Mit der Herausbildung des Gemeineigentums als bestimmende Eigentumsform wird die ständig bessere, wirksamere demokratische Verfügung darüber im Interesse der Menschen entscheidend.

- Eine stärkere Einflussnahme auf die Art der Verfügung über das Eigentum verlangt, sich intensiver damit zu befassen, wie die Menschen in Übereinstimmung mit den neuen Herausforderungen sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit voraussichtlich künftig arbeiten und leben werden, denn hierfür werden jetzt und in der nächsten Zukunft die Weichen gestellt. So gibt es auch enge Zusammenhänge zwischen den Konflikten und Krisen im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus und den zukünftigen Lebenschancen in einer sozialistischen Gesellschaft.

Im Grundgesetz steht der oft zitierte Satz »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem wohl der Allgemeinheit dienen.« (Grundgesetz, Artikel 14) Dies wird in der öffentlichen Meinung als Sozialpflichtigkeit des Eigentums aufgefasst. Diese droht heute mit der Shareholder-Value-Orientierung und der neoliberalen Politik immer mehr zu einer inhaltsleeren Formel zu verkommen. Die Machtverschiebung zu Gunsten der Vermögensverwalter und Kapitalfonds bedeutet, dass die Unternehmen real immer weniger den bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmern und dem Gemeinwesen verpflichtet sind. Die Verpflichtung des Eigentums gilt real zunehmend nur gegenüber den Interessen der Shareholder. Milton Friedman hat dies schon vor einigen Jahrzehnten in einem kurzen Satz ausgedrückt: »Die soziale Verantwortung der Unternehmer besteht darin, Profite zu erwirtschaften. Punkt.«

Die Linke sollte die Tendenz der Aushöhlung des Sozialstaats als Aufforderung betrachten, ein Projekt auszuarbeiten, um diesen Verfas-

sungsgrundsatz heute umzusetzen. Darin müssten Regeln vorgeschlagen werden, wie die Sozialpflichtigkeit des Eigentums im gegenwärtigen Finanzmarktkapitalismus konkret ausgestaltet und erkämpft werden kann. Dies schließt Vorstellungen in zwei Richtungen ein. Einmal für eine Neufundierung des Sozialstaats, von seiner zukunftsfähigen Finanzierung über die Einführung existenzsichernder Mindestlöhne, die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, bis zu einer sozialen Grundsicherung, die für alle eine Leben in Würde sichert. Zum anderen für die gesellschaftliche Regulierung der Wirtschaft und der Finanzmärkte, um eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung zu ermöglichen. Damit sollten Regeln und konkrete Kriterien festgelegt werden, auf deren Grundlage die Sozialpflichtigkeit des Eigentums realistisch bewertet und den veränderten Bedingungen angepasst werden kann.

Darüber hinaus müsste die bisherige Interpretation des Satzes »Eigentum verpflichtet« als Sozialpflichtigkeit erweitert werden. Sie sollte durch die Forderung nach der *Umwelt- und Naturpflichtigkeit des Eigentums ergänzt* werden.

Literatur

Behrens, Fritz (2010): »Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein …«. Texte von und über Fritz Behrens, hrsg. von G. Krause und D. Janke. Hamburg.

Hümmler, Heinz (2010): Bündnispolitik in der DDR – Erfolge und Defizite, in: GeschichtsKorrespondenz, Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, Mitteilungsblatt Nr. 4, 16. Jahrgang.

Klein, Dieter/Brie, Michael (2007): Elementare Fragen neu bedenken. Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum und Wege der Veränderung, rls standpunkte 2.

Klein, Dieter (2010): Die Linke und das Eigentum. Wie kann die Dominanz des Profits überwunden werden, in: Neues Deutschland vom 6. April.

Leibiger, Jürgen (2010a): Reclaim the Budget – Staatsfinanzen reformieren. Einführung in eine alternative Finanzpolitik. Köln.

Leibiger, Jürgen (2010b): Eigentum demokratisch gestalten, Manuskript.

Nick, Harry (1995): Das Eigentum und der Sozialismus, Marxistisches Forum, Heft 1.

Programmkommission der LINKEN (2010): Erster Entwurf für ein Programm der Partei DIE LINKE. Berlin.

Zudeick, Peter (2009): Tschüss, ihr da oben. Vom baldigen Ende des Kapitalismus. Frankfurt a.M.

Die AutorInnen

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus« und Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft für DIE LINKE.

Heinz-J. Bontrup ist Professor für Wirtschaftswissenschaft an der FH Gelsenkirchen und Sprecher der AG Alternative Wirtschaftspolitik.

Lutz Brangsch ist wissenschaftlicher Referent des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Michael Brie ist Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Judith Dellheim ist Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Solidarische Ökonomie.

Frank Deppe ist em. Professor für Politikwissenschaften an der Universität Marburg.

Richard Detje ist Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus« und Mitarbeiter von WISSENTransfer.

Heinz Dieterich ist Professor für Soziologie und Politikwissenschaften an der UNAM in Mexiko und Mitglied der World Association for Political Economy.

Dieter Klein ist em. Professor für Politische Ökonomie, Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied des Willy-Brandt-Kreises und Vorstandsmitglied der Michael-Schumann-Stiftung.

Ralf Krämer ist Mitglied des Parteivorstands der LINKEN und einer der SprecherInnen der Sozialistischen Linken, Gewerkschaftssekretär bei ver.di, Bereich Wirtschaftspolitik.

Wolfgang Krumbein ist Professor für Politikwissenschaften und Direktor des Instituts für Regionalforschung an der Universität Göttingen.

Klaus Lederer ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE in Berlin.

Wolfgang Methling ist Professor für Tiergesundheitslehre an der Universität Rostock, Mitglied des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, von 1998 bis 2006 Landesumweltminister. Er ist Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN und einer der Sprecher der BAG Umwelt/Energie/Verkehr.

Thomas Sablowski hat zur Zeit eine Vertretungsprofessur an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität in Frankfurt a.M.

Egbert Scheunemann ist freier Referent und Lehrbeauftragter an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik.

Klaus Steinitz ist Professor i.R. für Wirtschaftswissenschaften, Vorsitzender der Hellen Panke – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und Mitglied der Leibniz-Sozietät.

Axel Troost ist Mitglied des Deutschen Bundestages für DIE LINKE, Mitglied des Parteivorstands DER LINKEN und Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Peter Wahl ist Mitarbeiter von WEED – Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung.